

13. Fachtagung der Schuldner- und Insolvenzberatung Rheinland-Pfalz

Die diesjährige Fachtagung für die Beraterinnen und Berater in den rheinland-pfälzischen Schuldnerberatungsstellen stand unter dem Thema „Finanz- und Wirtschaftskrise – Bedeutung für die Schuldner- und Insolvenzberatung“. Erstmals hatten die Veranstalter der Tagung, das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen, die Landesarbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatung, das Schuldnerfachberatungszentrum, die LIGA sowie das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, in die Akademie der Wissenschaften und der Literatur nach Mainz eingeladen. Die neuen Räumlichkeiten fanden dann auch auf Anhieb den Zuspruch der Gäste.

Staatssekretär Christoph Habermann übernahm traditionsgemäß die Begrüßung der rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. In seiner Ansprache ging er zunächst auf das Engagement des Landes zur Weiterführung der Statistik zur Verbraucherüberschuldung auf Bundesebene ein. Es sei dringend erforderlich, dass es auch zukünftig belastbare Zahlen zur Schuldensituation der Menschen auf Landes- wie auf Bundesebene gebe. Insofern habe sich Rheinland-Pfalz für eine Weiterführung der in diesem Jahr eigentlich auslaufenden Bundesstatistik eingesetzt. Grundsätzlich zeigte er sich verärgert darüber, dass die Wirtschaftskrise als Begründung für einen umfassenden Sozialabbau herhalten müsse. Er bedankte sich bei den Beraterinnen und Beratern für ihre wichtige Arbeit und versprach eine weiterhin solide Finanzierung der Schuldnerberatung in Rheinland-Pfalz.

Im ersten Fachvortrag beschäftigte sich anschließend Prof. Dr. Stefan Sell von der FH Koblenz mit den sozioökonomischen Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Seiner Ansicht nach habe es durch die milliardenschweren staatlichen Ausgleichsprogramme eine Verschiebung von einer Banken- zu einer Staatsverschuldungskrise gegeben. Gleichzeitig säßen Hedgefonds jetzt weltweit auf viel Geld und suchten händeringend nach profitablen Anlagemöglichkeiten. Das ‚Problem‘ derer die noch Geld haben, heißt also – wohin damit? Die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Verfassung deutete Sell als das Eingeständnis der Politik, einen Schuldenabbau aus eigener Kraft nicht mehr zu schaffen. Ebenso beleuchtete er die zukünftigen Auswirkungen der aktuellen Einkommensentwicklung. Niedriglohn und Jobs im Geringfügigkeitssektor würden durch den damit verbundenen fehlenden Aufbau einer adäquaten Alterssicherung dazu führen, dass in einigen Jahren eine enorme Anzahl von Menschen im Alter trotz lebenslanger Arbeit in die sozialen Grundsicherungssysteme des Staates fielen. Hier finde eine gigantische Problemverschiebung zu Lasten des Staates statt. Die Wirtschaft ziehe sich zunehmend aus ihrer sozialen Verantwortung zurück.

Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle im Paritätischen Wohlfahrtsverband in Berlin, beleuchtete im zweiten Fachreferat die Auswirkungen der Krise auf den Sozialbereich mit dem besonderen Fokus auf die Schuldner- und Insolvenzberatung. Nach seinen Erkenntnissen verweilen Menschen immer häufiger im unteren Einkommensbereich. Was in der aktuellen Diskussion oft nicht beachtet werde sei die Tatsache, dass Kürzungen im Sozialbereich unmittelbar zu einem sinkenden Bruttoinlandsprodukt führten. In diesem Kontext stellte er aktuell die neuen Hartz IV-Regelsätze in Frage. So seien die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtesurteils zu den Regelsätzen nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt worden. Es werde anscheinend auf Zeit gespielt, da neue Verfahren – sofern es keine Normenkontrollklage aus dem Bundestag gebe – erst wieder den langen Weg durch die Instanzen gehen müssten. Seiner Meinung nach sollten die Einkommen – insbesondere im Niedriglohnbereich – stärker wachsen. Ebenso benötigten die öffentlichen Haushalte wieder Geld, damit notwendige Investitionen getätigt werden könnten (Schulsanierungen u.a.). Die Verteilungsfrage spiele bei alledem eine zentrale Rolle.

In vier Foren wurden dann am Nachmittag aktuelle Themen der Schuldnerberatung erörtert. Dr. Carsten Homann vom Schuldnerfachberatungszentrum (SFZ) an der UNI Mainz referierte in einem Arbeitskreis über die aktuellen Probleme und Tücken des neuen P-Kontos (= Pfändungsschutzkonto). Frank Schnadthorst vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur berichtete im 2. Forum über neue Vorhaben des Bildungsministeriums zur Schuldenprävention bei Kindern und Jugendlichen in Schulen. Im 3. Forum präsentierte Dr. Werner Sanio vom SFZ die Ergebnisse aus der Auswertung der standardisierten Sachberichte, welche die Beratungsstellen jährlich einreichen. Ulrike Zier, Mitarbeiterin im Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin an der UNI Mainz ging im 4. Forum auf Möglichkeiten und Grenzen der Gesundheitsförderung in der Schuldner- und Insolvenzberatung ein. Anschließend berichteten die Referentinnen und Referenten im Gesamtforum kurz über ihre Arbeitskreise, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Gesamtüberblick über die einzelnen Themen zu geben.

In seinem Schlusswort bemerkte Präsident Werner Keggenhoff augenzwinkernd, dass ja zwischenzeitlich schon erste Investmentbanken in Frankreich mit über 4 Mrd. Euro Schulden zu den Kunden der Schuldnerberatung zählen. In dieser Dimension sei ein Verbraucherinsolvenzverfahren wohl eine echte Herausforderung. Er bedankte sich abschließend bei den Veranstaltern wie auch bei den Fachkräften für ihre wichtige Arbeit.